

Hamburg, 25.5.2009

ASD-Beschäftigte „am Ende ihrer Kräfte“ - Bürgermeister Ole von Beust soll die Ver- antwortung übernehmen!

Heute versuchen Beschäftigte des ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst), eine Unterschriftensammlung an den Ersten Bürgermeister zu überreichen. 322 MitarbeiterInnen des ASD – fast 100% der zurzeit bei der Arbeit Anwesenden – haben diese Erklärung unterschrieben (siehe Anlage). Die Beschäftigten des ASD machen in dem Schreiben deutlich, dass sie die Verantwortung für den Kinderschutz nicht mehr übernehmen können und geben die Verantwortung an den Senat und den Ersten Bürgermeister ab.

„Dies ist ein weitgehender und mutiger Schritt“, so Sieglinde Frieß, Fachbereichsleiterin Bund/Länder und Gemeinden bei ver.di. „Dies heißt aber auch, dass die KollegInnen beim ASD am Ende ihrer Kräfte sind und so nicht mehr weitermachen können. Sie haben lange genug auf ihre prekäre Situation hingewiesen und den psychischen Druck geschildert, unter dem sie tagtäglich stehen. Sie haben Briefe geschrieben und Gespräche geführt, und nichts hat geholfen. Ihre Arbeit wird von der Politik nicht anerkannt: Die Dokumentationsanforderungen zur Kontrolle der Arbeit gehen ins Unermessliche; zusätzliche Stellen zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen kommen nicht; die Politik reagiert erst, wenn ein Kind stirbt. So kann es nicht weitergehen! Viele KollegInnen können nachts nicht mehr schlafen, sie sind ausgepowert und haben ihre Belastungsgrenze weit überschritten. Wir erwarten, dass Herr von Beust das Thema zur Chefsache macht und die Ausstattung der ASD`e zügig verbessert. Sollte dies nicht geschehen, dann muss er persönlich verantworten, wenn wieder ein Kind stirbt!“

„Wir werden weiterhin darauf drängen, dass die ASD-Beschäftigten in ihren Bezirken Rückstandsmeldungen/Überlastanzeigen machen, damit auch die Vorgesetzten laut werden und sich hinter ihre MitarbeiterInnen stellen“, ergänzt Sabine Meyer, die bei ver.di zuständige Gewerkschaftssekretärin für die Bezirke.

„Die Situation in Hamburg ist beispielhaft für die ganze Bundesrepublik. Die Armut nimmt zu und ihre Auswirkungen werden immer deutlicher. Damit nimmt die gesellschaftspolitische Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu. Trotzdem wird im sozialen Bereich unverdrossen weiter gespart. Dies geschieht auf dem Rücken der KollegInnen, die mit ihrer Gesundheit Raubbau betreiben, wenig Anerkennung erfahren und schlecht bezahlt werden“, beschreibt Achim Meerkamp, der ver.di-Bundesfachbereichsleiter Gemeinden und Verhandlungsführer in der Tarifrunde für die Sozial- und Erziehungsdienste die Misere. „Wir haben deshalb mit den Kommunen Verhandlungen für eine aktive Gesundheitsförderung und eine angemessene Bezahlung aufgenommen. Die Arbeitgeber sind leider nicht bereit, darauf einzugehen, so dass wir bundesweit Druck durch Streiks aufbauen müssen. Wir erwarten von den Arbeitgebern jetzt schnelles Handeln und die Anerkennung der Leistung der Beschäftigten durch einen entsprechenden Tarifabschluss. Da die ASD-Beschäftigten in Hamburg als Länderbeschäftigte von einem Ergebnis dieser Tarifrunde nicht partizipieren, werden wir nach einem Abschluss sofort Gespräche mit der Hamburgischen Landesregierung aufnehmen.“



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Landesbezirk
Hamburg**

PRESSE- INFORMATION

V.i.S.d.P.:
Sabine Bauer
ver.di Landesbezirk Hamburg
Pressestelle
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Tel.: 040 / 2858 - 1130
Fax: 040 / 2858 - 1139
Handy: 0171- 693 28 45
E-Mail:
sabine.bauer@verdi.de

Für Rückfragen: Sieglinde Frieß, ver.di mobil 0170/4016962